



Pflegefall „Pflegeversicherung“

Beitrag in der F.A.Z.-Verlagsbeilage „Private Vorsorge“ vom 4. November 2008

Adrian Ottnad

Diplom-Volkswirt Adrian Ottnad

OTTNAD CONSULT
Eichhörnchenweg 21
53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 (02241) 30131-93
FAX: +49 (02241) 30131-94
Mobil: +49 (0151) 58167814
E-Mail: post@ottnad-consult.de
Web: www.ottnad-consult.de

Bei der sozialen Pflegeversicherung scheinen sich die unerfreulichen Erfahrungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu wiederholen: die Beiträge werden kaum mehr verzinst und einst versprochene Leistungen immer weiter gekürzt. Umso wichtiger ist die private Vorsorge.

Daseinsvorsorge erfordert einen kühlen Kopf und eine nachhaltige Strategie. Riskante Spekulation auf kurzfristige Gewinne ist da ebenso fehl am Platze wie blindes Vertrauen auf einen allmächtigen Wohlfahrtsstaat. Das gilt besonders im Angesicht der dramatischen Finanzmarktkrise.

Die jetzt geplatze Blase ist nicht zuletzt der amerikanischen „Verschuldungskultur“ zuzuschreiben, die von der dortigen Geld- und Finanzpolitik begünstigt wurde. Vielen galt das auch hierzulande als konjunkturpolitisches Vorbild. Nun zeigt sich, wie wichtig demgegenüber eine echte „Sparkultur“ ist. Falsch wäre es auch, jetzt (wieder) auf umfassende staatliche Daseinsvorsorge zu setzen. Die wird es nicht geben. Der Staat hat alle Hände voll zu tun, für einen funktionsfähigen Ordnungsrahmen zu sorgen und seine hoheitliche Kontrollfunktion dort auszuüben, wo der Markt versagt. Weil dies in der Vergangenheit unzureichend geschah und Fehlentscheidungen von Marktakteuren immer wieder subventioniert wurden, konnten sich über Jahre „systemische Risiken“ im Finanzsektor derart auf türmen. Außerdem schränken die riesigen staatlichen Hilfspakete für die Finanzmärkte den finanziellen Spielraum für staatliche Leistungen tendenziell weiter ein. Dabei zwingen schon die durch frühere Leistungsversprechen angehäuften Verbindlichkeiten die Politik zu einer langfristigen Gratwanderung zwischen steigenden Abgaben und sinkenden Leistungen. Und schließlich hat sich an den realen Risiken, für die es Vorsorge zu treffen gilt, nichts geändert. Das gilt namentlich auch für das Pflegerisiko.

Gegenwärtig beziehen rund 2,2 Millionen Versicherte Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Die Gesamtzahl Pflegebedürftiger ist noch größer; denn viele Demenzkranke hatten bislang keinen Leistungsanspruch. 80 Prozent der Pflegebedürftigen sind im Rentenalter, 50 Prozent sind sogar mindestens 80 Jahre alt. Auch der Grad der Pflegebedürftigkeit nimmt im hohen Alter stark zu. Aus demographischen Gründen ist daher eine erhebliche Zunahme der Fallzahlen vorgezeichnet. Bis 2050 sinkt die Einwohnerzahl voraussichtlich um rund zehn Millionen. Trotzdem dürfte sich die heutige Zahl der Leistungsempfänger mindestens verdoppeln. Gelingt es nicht, der Ausbreitung von Altersdemenz durch medizinische Fortschritte wirksam zu begegnen, könnten sie sogar auf über fünf Millionen steigen.

Eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Pflege zu gewährleisten stellt Staat und Gesellschaft, aber auch jeden Einzelnen vor große Herausforderungen. Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in vertrauter, individueller Umgebung dominiert bis ins hohe Alter. Klassische Pflegeheime gelten als Ultima Ratio. Auch die Politik präferiert – vorrangig aus Kostengründen – die häusliche beziehungsweise ambulante Pflege und sucht die

Versorgung über finanzielle Anreize und den Anspruch auf Pflegezeit für Beschäftigte dahin zu lenken. Doch Wunsch und Wirklichkeit geraten zunehmend in Konflikt. Bei der stationärer Versorgung Schwerstpflegebedürftiger stoßen private Haushalte oft an Grenzen. Schon jetzt schrumpfen die häuslichen Pflegepotentiale und das wird sich verstärken, wenn zunehmend Personen ohne traditionelles familiäres Umfeld pflegebedürftig werden. Immerhin leben heute vier von zehn Einwohner in einem Singlehaushalt. Ob neue soziale Netzwerke den Wegfall klassischer Familienstrukturen kompensieren können ist ungewiss. Zudem schmilzt das klassische Reservoir häuslicher Pflegekräfte, weil die Erwerbsbeteiligung älterer und vor allem weiblicher Erwerbsfähiger – politisch und gesellschaftlich gewollt – weiter steigt.

Entsprechend verändert sich die „Pflegelandschaft“. Die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Pflege beziehungsweise zwischen häuslicher Unterbringung und Pflegeheim weichen einem bunteren und flexibleren Spektrum von Wohn- und Pflegeformen. Das ist im Sinne eines bedarfsgerechteren Angebots zu begrüßen. Allerdings wird dabei der Bedarf an professioneller Pflege in jedem Fall steigen. Das könnte zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Leistungen der Pflegeversicherung führen und die Zahl der Pflegefälle über den demographischen Trend hinaus steigen lassen.

All das erfordert erhebliche Finanzmittel. Bereits heute wendet die gesetzliche Pflegeversicherung jährlich gut 18 Milliarden Euro auf – allerdings nur für die Pflegeleistungen selbst. Denn die gesetzliche Pflegeversicherung ist eine „Teilkaskoversicherung“, die grundsätzlich auch private Eigenvorsorge erfordert. Für die Zukunft gilt dies in steigendem Maß. Schon heute kostet ein stationärer Pflegeplatz der Stufe 3 einschließlich Unterbringung, Verpflegung und Investitionskostenanteil im Bundesschnitt rund 3.000 Euro monatlich. Nach Abzug der Pflegeversicherungsleistung verbleibt damit ein Selbstbehalt, der etwa die verfügbare Standardrente, die ein westdeutscher Durchschnittsverdiener nach 45 Beitragsjahren erreicht, monatlich um rund 500 Euro übersteigt. Da die verfügbaren Renten kaum noch steigen, wird sich diese Lücke künftig vergrößern. Zudem werden die Leistungssätze der Pflegeversicherung künftig einen abnehmenden Kostenanteil decken. Zwar wurden sie zum 1. Juli 2008 erstmals seit 1995 angehoben und sollen künftig immer wieder der Preisentwicklung angepasst werden (Paragraph 30 SGB XI). Doch dazu wären deutlich stärkere Beitragserhöhungen nötig, als sie regierungsamtliche Projektionen ausweisen. Diese unterstellen nämlich für die Beitragseinnahmen langfristig allgemeine Lohnsteigerungen von jährlich drei Prozent, bei den Pflegekosten gleichzeitig aber nur eine halb so starke Steigerung. Dass ausgerechnet die schon heute knappen Pflegekräfte nicht an der allgemeinen Lohnentwicklung teilnehmen sollen, ist aber weder gerecht noch ökonomisch plausibel. Realistisch betrachtet müssen also entweder die Beitragssätze deutlich steigen. Das stößt allerdings – vor allem zusammen mit anderen Abgabenerhöhungen (zum Beispiel bei den Krankenkassen) – an politische und ökonomische Grenzen. Oder die realen Leistungen der sozialen Pflegeversicherung werden weiter sinken.

Den Beitragszahlern droht so in der sozialen Pflegeversicherung eine Wiederholung der unerfreulichen Erfahrungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, wo sich die Beiträge vor allem für Jüngere kaum mehr verzinsen und einst versprochene Leistungen immer weiter gekürzt werden. Auch die jüngste Pflegereform hat das System nicht zukunftssicherer gemacht. Umso wichtiger ist daher für den Einzelnen die private Vorsorge für den Pflegefall. Weil dieser erst in hohem Alter gehäuft auftritt, bleibt auch mittleren und älteren Jahrgängen hierfür noch etwas Ansparzeit, die es zu nutzen gilt.

*Adrian Ottnad, unabhängiger Wirtschaftsforscher und Politikberater, OTTNAD CONSULT –
Forschung & Beratung für Wirtschaft und Gesellschaft, Sankt Augustin*